

der Oppositionsparteien am Ende des Bandes verdient besonders erwähnt zu werden.

Die Monographie Lajos Izsáks bereichert nicht allein die Fachliteratur um ein neueres

wertvolles Werk, sondern dient auch einer Vertiefung der Kenntnisse über die Gegenwartsgeschichte der ungarischen und ausländischen Leser.

Gizella Föglein

HOLGER FISCHER

POLITIK UND GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN UNGARN

München, Oldenbourg V., 1982. 177 p.

Der Leser aus Ungarn nimmt mit Interesse und mit gewissen Sorgen das Werk des Hamburger Historikers in die Hände: wie wird ein Fachmann aus der BRD das delicate Thema – Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft – in seinem Buch darstellen?

Im Kenntnis des Werkes kann der Rezensent hauptsächlich anerkennende Urteile aussprechen: sehr eingehendes Kenntnis des bearbeiteten Materials, ernstes und erfolgreiches Streben nach Objektivität, moderne statistische Methoden in der Bearbeitung: dies sind die Haupttugenden des Werkes.

Im ersten Kapitel finden wir einen Überblick der organisatorischen Struktur der ungarischen Geschichtswissenschaft. Zuerst behandelt der Autor die Aufgabenstellung seitens der Politik gegenüber die Wissenschaft auf dem Grunde wichtiger Parteidokumente. Dann schildert er den Aufbau und die Arbeit der wichtigsten Forschungsstellen. Dabei findet er besonders anerkennende Wörter über die Tätigkeit der an den Universitäten wirkenden Historiker. Die zum Schluss des Kapitels folgenden statistischen Tabellen weisen mit ihrer leidenschaftslosen Objektivität auf eine, auch in Ungarn nicht genügend zur Kenntnis genommene Tatsache hin: welch grosse wissenschaftliche Reserven im Personal der öffentlichen Sammlungen stecken. Die Tabellen machen auch auf ein anderes Problem aufmerksam: die altersmässige Verteilung der Forscher von akademischem Grad ist ziemlich nachteilig, nur 6% von ihnen ist unter 40 Jahren. Deshalb sieht der Verfasser Nachwuchsprobleme vor, was je denfalls der Erfahrungen der letzten Jahren nach viel zu pessimistisch zu sein scheint.

Im zweiten Kapitel des Buches (unter dem Titel „Schwerpunkte der Historiographie“) führt der Autor eine inhalts-

mässige Analyse des Schaffens der ungarischen Geschichtswissenschaft durch. Er nimmt hier nur diejenige Werke in Betracht, welche die Periode nach 1918 behandeln. Vielleicht mit der Begründung, dass auf dem Gebiet der Zeitgeschichte am meisten die politischen Aspekte durchbrechen. Gegen diese Begründung könnte man eine Reihe von Argumenten hervorheben, aber hauptsächlich praktische Aspekte machen diese Lösung akzeptabel.

Das Beispiel der Literatur über 1918/19, über das Zeitalter der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Räterepublik zeigt besonders auffallend die Einwirkung der Politik auf die Historiographie. Zuerst fällt besonders die enge Anknüpfung der Publikationen zu dem Jubiläen auf; dann macht der Autor bei der inhaltsmässigen Behandlung auf die Wandlungen in den Bewertungen aufmerksam. Die ideologischen Veränderungen vor und nach 1956 zeigen sich besonders charakteristisch in der Beurteilung der Ungarischen Räterepublik. Der Verfasser macht auch auf die viel diskutierte Biographie über Béla Kun von György Borsányi, aufmerksam.

Die sogenannte Horthy-Epoche (1919–1945) lässt sich etwa mit einem Viertel der zeitgeschichtlichen Literatur vertreten. Bei der Charakterisierung des Systems machen sich sehr stark politisch-ideologische Faktoren geltend: das Spektrum der Definitionen breitet sich von der Bezeichnung „Faschismus“ bis zum „autoritären System“. Die Wandlung der Bewertungen ist von politischen Elementen auch abhängig: in den Jahren des sogenannten Personenkultes (1949–1956) war die Bezeichnung „Horthy-Faschismus“ allgemein angenommen gewesen, in den 60-er Jahren begann – parallel mit der allgemeinen Erneuerung der ungarischen Geschichtswissenschaft – eine Diskussion über die Charakteristika

dieses Zeitalters, welcher Meinungs austausch in der berühmten Faschismus-Diskussion gepflegt.

Holger Fischer hebt die Errungenschaften am Gebiet der Wirtschaft- und der Diplomatiegeschichte hervor, und weist auf die Wichtigkeit der Quelleneditionen hin. Als eine Lücke betrachtet er das Fehlen einer Monographie über die Partei der Kleinen Landwirte. Einen anderen Schuld der ungarischen Historiker sieht er im Ausbleiben einer zusammenfassenden Monographie über die Horthy-Epoche (abgesehen von den entsprechenden Kapiteln der grossen Zusammenfassungen der Geschichte Ungarns).

Während die Literatur der früheren Epochen ziemlich harmonisch verteilt ist, sind in der Literatur zur neuesten Geschichte Ungarns (nach 1945) grosse Ungleichmässigkeiten entdeckbar. Der grösste Teil der Abhandlungen (34%) beschäftigt sich mit den Ereignissen der sog. Koalitions-Periode (1945–1948). Besonders gut bearbeitet sind die Fragen der Agrarreform und der Kollektivierung, während die sogenannte Rákosi-Epoche und 1956 ziemlich vernachlässigt sind. (Diese Bemerkungen haben inzwischen ihre Aktualität verloren: besonders im Jahre 1981 waren sehr viele Abhandlungen über 1956 erschienen. — V. H.) Die Bedeutung der Jubiläumsjahre (1960, 1965 usw.) setzt sich auch hier durch. Der Verfasser bewertet besonders positiv das Erscheinen zusammenfassender Werke und die wohlbearbeitete Parteiengeschichte. Er weist auf die ideologische Wichtigkeit der Diskussion über das Charakter der volksdemokratischen Revolution hin (Mitte der 60-er Jahre), und spricht besonders anerkennend über die Leistungen der Wirtschaftsgeschichte, wobei er die enge Anknüpfung der letzteren zu tagespolitischen Fragen hervorhebt.

Der Autor widmet einem Teilkapitel den Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung. Er bewertet die programmatischen, theoretischen Studien, die sehr bedeutenden Quelleneditionen, vermisst aber eine Zusammenfassung. Auch für die immer differenzierter werdende Bewertung der Sozialdemokratie Ungarns findet er anerkennende Wörter. Er konstatiert einen zahlenmässigen Rückgang der Publikationen über die Geschichte der Arbeiterbewegung in den 70-er Jahren, was er mit der Konzentration der Kräfte zum 9. Band der Geschichte Ungarns (nach 1945) erklärt.

Im 3. Kapitel schildert der Autor die

Entwicklung der Histographie, wobei er 5 Perioden unterscheidet (1945–48, 1949–53, 1954–56, 1957–69, nach 1970). Gegen diese Periodisierung — wie gegen jede andere! — könnte man vieles einwenden. Besonders aber die Jahre zwischen 1954 und 1956 scheinen etwa viel zu enge Rahmen für eine eigene historiographische Periode zu geben. Ich glaube, der Verfasser nimmt hier ein bisschen übertrieben ernst die engen Beziehungen zwischen der Entwicklung der Politik und der Geschichtswissenschaft.

Der Markstein für die neueste Periode nach 1970 war — laut Fischer — im Jahre 1969 mit den wissenschaftspolitischen Richtlinien des Zentralkomitees der USAP gelegt, dieses Dokument soll für die Geschichtswissenschaft von solcher Bedeutung sein, wie das Reformwerk von 1968 für die Wirtschaft war. In diesem Zeitraum fällt das Erscheinen der ersten vier Bände des grossen akademischen Unternehmens, der zehnbändigen „Geschichte Ungarns“. Der Autor bewertet das Unternehmen sehr hoch, und hebt lobend „die erstaunlich ideologiefreie Darstellungsweise“ hervor. Er stellt einen quantitativen Rückfall der Werke über die Epoche nach 1945 fest, welcher aber kein qualitativer, sondern eine Folge der stärkeren Konzentration der Themen ist. Die qualitative Entwicklung wird auch mit der Bereicherung der methodologischen Kultur und mit der stärkeren Rücksichtnahme der ostmitteleuropäischen Zusammenhänge kennzeichnet, besonders auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

In der Schlussbetrachtung finden wir einige sehr wesentliche Bemerkungen des Verfassers. Er macht auf die grosse Wende des Verhältnisses Politik/Wissenschaft aufmerksam: bis 1956 hatte die Wissenschaft die Ansprüche der Tagespolitik zu bedienen gehabt. Mit den Veränderungen in der Politik der Partei begann eine Wende auch an diesem Gebiet: es machte sich immer diejenige Auffassung geltend, welche von der Wissenschaft nicht die Bedienung, sondern die Begründung der Politik der Partei erwartet.

Holger Fischer hält einen Spiegel vor die ungarische Geschichtswissenschaft. Dieser Spiegel ist durchaus aufrichtig, verschleiert, verschönert und deformiert nichts. Er misst die ungarische Geschichtswissenschaft konsequent mit einem inneren Massstab, und hat die Fähigkeit, sich mit den inneren Problemen unserer Wissenschaft zu identifizieren (deren stylistische Folge

die imponierende Beherrschung der Par-teikanderwelsch der ideologischen Dokumente ist). Wenn wir uns mit einem recht unwissenschaftlichen Attribut beiduen dürfen, so würden wir sagen: Holger Fischer hat ein erliches Buch über die

ungarische Geschichtswissenschaft, über ihre Leistungen und über ihre Mängel geschrieben. So verdient diese Arbeit die Aufmerksamkeit sowohl ausser, als auch binnen der Grenzen Ungarns.

Vilmos Heizler

JÁNOS JOHANSIK

DIE FRANZÖSISCHE LINKE 1958—1981

A FRANCIA BALOLDAL 1958—1981

Budapest, Kossuth Kiadó, 1983. 319 S.

Die ungarischen Leser sind hinsichtlich der über die französische Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg geschriebenen Werke nicht verwöhnt: über Teilfragen finden wir wohl vereinzelt Artikel und mitunter auch einige Bearbeitungen, eine zusammenfassende allgemeine Geschichte ist hingegen in ungarischer Sprache seit dem Buche László Zsigmonds vom Jahr 1969 nicht erschienen. János Johansiks Buch umfasst von dieser Epoche etwa ein Vierteljahrhundert, genauer vom Beginn der V. Republik bis zum Sieg Mitterands im Jahr 1981. Den Zweck seiner Arbeit definierte der Verfasser damit, dass er jene wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen darzustellen wünscht, die in der geprüften Epoche die Tätigkeit und die Möglichkeiten der Linken bestimmt haben.

Das Vorwort zählt trotz seiner Kürze zu den wichtigen Teilen des Bandes. Es untersucht nämlich, was in Frankreich unter „dem bunten Lager der Linken“ zu verstehen ist. Johansik wendet den in der französischen Fachliteratur gebräuchlichen weitläufigen Terminus an, und versteht demnach unter dem Begriff der Linken alle jene politischen Formationen, die sich „auf den Sozialismus berufen“, beziehungsweise die sich in der geprüften Periode diesen Kräften angeschlossen haben (S. 6). Somit erstrecken sich die Untersuchungen des Bandes auf die Französische Kommunistische Partei (PCF), auf die unter verschiedenen Bezeichnungen erscheinenden Formationen der Sozialisten, die Radikalen, auf die charakteristischen Produkte der de Gaulle-Ära: die politischen Klubs sowie auf die bedeutenderen neulinken Formationen. Im Mittelpunkt stehen infolge ihrer in der französischen Arbeiterbewegung eingenommenen Stellung ihrer Kräfteverhält-

nisse sinngemäss die Beziehungen der Sozialisten und der Kommunisten, sowie die auf sie aufbauenden linksorientierten Einheitsbestrebungen.

Der Verfasser gliederte sein Thema in fünf Kapitel. Als Ausgangspunkt umriss er die Gestaltung des wirtschaftlichen Hintergrundes vom Nachkriegswiederaufbau bis in die Siebzigerjahre. Aufgrund der mit dem Wirtschaftswachstum einhergehenden Änderungen der gesellschaftlichen Struktur ergibt sich als nächster Fragenkomplex die Prüfung des ideellen und politischen Gesichts der linksorientierten Richtungen zwischen 1958 und 1965. Die auf de Gaulles Wunsch ausgearbeitete neue Verfassung brachte wesentliche Änderungen im Verhältnis von Exekutivgewalt und Gesetzgebung auf Kosten der letzteren und dementsprechend verminderte sich die Rolle des Parlaments und der politischen Parteien. De Gaulle konzentrierte die Lenkung der Aussenpolitik, der Militärpolitik und der Kolonialangelegenheiten in den Händen des Präsidenten der Republik, mit der Wahlreform trachtete er die Unterstützung der Massen für das ihm vorschwebende Präsidialsystem zu sichern. Infolge seiner Politik wurden nicht allein die eine zentristische Politik verfolgenden Sozialisten, sondern auch die bürgerlichen Mittelparteien in die Opposition gedrängt. Die so entstandene neue Lage erforderte sowohl von den Kommunisten wie auch von der nicht-kommunistischen Linken eine andere Politik und eine konzeptionelle Überprüfung der Beziehungen untereinander.

Seitens der SFIO war ein weiterer Antrieb zur Suche der neuen Strategie der der politischen Krise folgende organisatorische Verfall der Partei, die Verminderung der Mitgliedszahl und des Wahleinflusses. Als